



Sitzungsvorlage	Vorlage- Nr: VO/2022/5752-23-1	
Federführend: 23 Immobilienmanagement	Status: öffentlich	
Beteiligt:	Aktenzeichen: Datum: 12.07.2023 Referent: Felix Bertram	
Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften Zweite Lesung		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
25.07.2023	Finanzsenat	Kenntnisnahme

I. Sitzungsvortrag:

Zum Thema Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften liegen zwei Anträge vor:

Die Stadtratsfraktionen bzw. Stadtratsmitglieder von Grünes Bamberg, CSU/BA, Freie Wähler, FDP, ÖDP/Volt/BM sowie Bali/Die Partei haben am 15.03.2022 beantragt, insbesondere die eigenen Dachflächen für die Stromerzeugung zu prüfen, einen ersten Zwischenbericht mit Stellungnahme des Umweltamtes (s. Anlage 3) zu geben und dabei tabellarisch darzulegen, ob dort PV-Module installiert werden können.

Die SPD-Stadtratsfraktion hat am 22.06.2023 den Antrag gestellt, zu prüfen, ob sich die Dachflächen von acht ausgewählten Gebäuden für Photovoltaik anbieten.

Das Immobilienmanagement hat zwischenzeitlich die Stadtwerke Bamberg beauftragt, zu analysieren, welche Gebäude der Stadt Bamberg für die Installation von Photovoltaikanlagen aus wirtschaftlicher Sicht grundsätzlich geeignet sind. In einem ersten Schritt wurden u.a. Lage, Ausrichtung und Dachfläche bewertet, bevor im Rahmen einer statischen Vorprüfung die tatsächliche Umsetzbarkeit beurteilt werden kann. Diese Untersuchung gibt den Zwischenstand einer Bewertung von 48 Objekten an. Der Fokus der Stadtwerke lag dabei auf der grundsätzlichen Eignung der Dachflächen für die Installation und den Betrieb von Photovoltaikanlagen sowie einer Grobbewertung der Wirtschaftlichkeit auf Basis der aktuellen Rahmendaten. Anhand des Verbrauchs der vergangenen Jahre und dem derzeitigen Strompreis wurde eine Auswertung bezüglich der Amortisationsdauer erstellt. Dass sich daran zwingend detaillierte Untersuchungen der Gebäudestatik anschließen müssen, zeigt das Beispiel des Margaretendamms 40. Dieses Gebäude wurde von den Stadtwerken zunächst als geeignet eingestuft. Konkrete Prüfungen haben jedoch ergeben, dass die Dachfläche aus statischen Gründen die Installation einer PV-Anlage nicht zulässt.

Im Regelfall ist die Installation von PV-Anlagen nur auf sanierten Dächern sinnvoll. Da im Rahmen der energetischen Ertüchtigung vieler Gebäude eine Dachsanierung und –dämmung sinnvoll ist, würde die Installation von PV-Anlagen vor der Sanierung diese ausschließen oder zumindest in unwirtschaftlicher Weise verteuern.

Zur Ermittlung der Gebäude, auf welchen als erstes Photovoltaikprojekte aus dem städtischen Kernhaushalt umgesetzt werden sollen, wurden entsprechend die Gebäude nicht berücksichtigt, welche dem Zweckverband Gymnasien angehören, von städtischen Eigenbetrieben verwaltet werden oder innerhalb des Welterbes bzw. Stadtdenkmals liegen. Mit dem Landesamt für Denkmalpflege wird derzeit ein Kommunales Denkmalkonzept (KDK) erarbeitet. Bis dahin wird, die Neuerichtung von PV-Anlagen im Bereich des Weltkulturerbes und des Stadtdenkmals zurückgestellt. Aus Wirtschaftlichkeitserwägungen ist eine hohe Eigenverbrauchsquote bei den Anlagen anzustreben, da die Einspeisevergütung mit unter 10 ct/kWh relativ gering ausfällt.

Die im SPD-Antrag genannten Liegenschaften sind wie folgt zu bewerten:

- a. Eichendorff-Gymnasium zuständig: Zweckverband Gymnasien
- b. Kaiser-Heinrich-Gymnasium zuständig: Zweckverband Gymnasien
- c. Konzerthalle
Derzeit laufen umfangreiche bauliche Untersuchungen. Erst danach ist absehbar, ob die Installation einer PV-Anlage beim derzeitigen Dachzustand möglich ist. Zudem ist zu prüfen, inwieweit die Installation einer PV-Anlage den Blick vom Michelsberg auf das Welterbe und das Stadt-
denkmal beeinträchtigt.
- d. Schlachthof Bamberg zuständig: Schlachthof Bamberg GmbH
Der Schlachthof steht zudem unter Denkmalschutz.
- e. Sozialstiftung Bamberg (Klinikum am Michelsberg) zuständig: Sozialstiftung Bamberg
- f. Sportanlage Gaustadt
Im Zuge des SJK-Förderprogramms soll die sinnvolle Installation von PV-Anlagen auf den Ge-
bäuden sowie auf dem Freigelände geprüft werden.
- g. Trimbergschule
Es soll im Zuge der Sanierungsplanungen die sinnvolle Installation von PV-Anlagen auf dem
Schulgebäude geprüft werden.
- h. Pestalozzischule
Es soll im Zuge der Sanierungsplanungen die sinnvolle Installation von PV-Anlagen auf dem
Schulgebäude geprüft werden.

Die Anfrage wird zuständigkeitshalber bezüglich der o.g. Liegenschaften an den Zweckverband Gymnasien, den Stiftungsrat der Sozialstiftung sowie dem Aufsichtsrat der Schlachthof Bamberg GmbH verwiesen. Bezüglich der kommunalen Parkplätze wird die Anfrage an die Stadtwerke Bamberg GmbH verwiesen.

Weitergehende kostenintensive bautechnische Untersuchungen, die Sanierung von Dächern und bestehender elektrotechnischer Ausstattungen bis hin zur Beschaffung und Installation der PV-Anlagen können im Übrigen erst beauftragt werden, sobald die erforderlichen Haushaltsmittel seitens des Stadtrates zur Verfügung gestellt werden. Auch die Verwaltung der installierten Anlagen erfordert bezüglich der Registrierung der Anlagen, Anmeldung beim Netzbetreiber und Verwaltung des Eigenstromverbrauchs bzw. der Einspeisevergütung und steuerlichen Behandlung weitere personelle Ressourcen. Ein entsprechender Antrag wurde im Zusammenhang mit der Schaffung eines KEM (Kommunales Energiemanagement) bereits gestellt und ist im Zuge der Haushaltsberatungen zu behandeln.

Abschließend weisen wir noch daraufhin, dass seitens der Stadt Bamberg und des Zweckverbandes Gymnasien Stadt und Landkreis Bamberg die Bürgersolaranlagen auf den Dächern der Staatl. Fachoberschule, des E.T.A.-Hoffmann-Gymnasiums und der Grundschule Gaustadt von den Eigentümergesellschaften übernommen wurden und nach Ablauf des Förderzeitraums für die Einspeisevergütung auf Eigenstromnutzung umgestellt werden.

Dem Stadtrat soll im Rahmen der Haushaltsberatungen eine Liste mit konkreten Projekten für die Installation von PV-Anlagen vorgelegt werden, deren Umsetzung in 2024 vorbehaltlich der erforderlichen Ausstattung mit den erforderlichen Personalressourcen begonnen werden soll.

II. Beschlussvorschlag:

1. Der Finanzsenat nimmt vom Bericht der Verwaltung Kenntnis.
2. Der Antrag der Stadtratsfraktionen bzw. Stadtratsmitglieder von Grünes Bamberg, CSU/BA, Freie Wähler, FDP, ÖDP/Volt/BM sowie Bali/Die Partei vom 15.03.2022 ist hiermit geschäftsmäßig behandelt.
3. Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 22.06.2023 ist hiermit geschäftsordnungsmäßig behandelt.

III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

X	1.	keine Kosten
	2.	Kosten in Höhe von für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	3.	Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	4.	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

Anlagen:

Anlage 1 Antrag der Stadtratsfraktionen bzw. Stadtratsmitglieder von Grünes Bamberg, CSU/BA, Freie Wähler, FDP, ÖDP/Volt/BM sowie Bali/Die Partei vom 15.03.2022

Anlage 2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 22.06.2023

Anlage 3 Stellungnahme Amt 38

Verteiler:

Amt 20/200 – Beschlüsse

Referat 2 – zur Kenntnisnahme

Amt 38 – zur Kenntnisnahme

Amt 23/231 – zur weiteren Verwendung



CSU

Freie
Demokraten
FDP

Volt

Bamberg
Mitte

Freie Wähler

GRÜNES BAMBERG · Grüner Markt 7 · 96047 Bamberg

c/o GRÜNES BAMBERG

Herrn Oberbürgermeister

Andreas Starke

Rathaus Maxplatz

Grüner Markt 7

96047 Bamberg

Tel.: +49 (951) 23 777

fraktion@gruenes-bamberg.de

96047 Bamberg

Bamberg, 15. März 2022

Antrag: PV auf Dächern städtischer Gebäude

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

namens der Stadtratsfraktionen bzw. Stadtratsmitglieder von GRÜNES BAMBERG, CSU/BA, Freie Wähler, FDP, ÖDP/Volt/BM sowie Bali/Die Partei **beantragen** wir:

- dass die Verwaltung die Nutzung insbesondere der eigenen Dachflächen für die Stromerzeugung prüft und einen ersten Zwischenbericht mit Stellungnahme des Umweltamts im Finanzsenat noch vor der Sommerpause gibt,
- dass dabei tabellarisch für jede mögliche städtische Dachfläche (oder auch Parkplatzfläche, Gebäudefassade, etc) dargelegt wird, ob dort PV-Module installiert werden können und begründet wird, falls dem nicht so ist.

Begründung:

Aufgrund des Krieges Russlands gegen die Ukraine und des damit einhergehenden verstärkten Wunsches nach mehr Unabhängigkeit bei der Energieversorgung, aber auch infolge der Klimasondersitzung vom 13. Oktober 2020 sowie angesichts und in Fortführung mehrerer Anträge, zum Beispiel vom 24.09.2018 (GRÜNES BAMBERG) und vom 03.08.2020 (CSU/BA) ist es unseres Erachtens städtischer Auftrag, die Nutzung insbesondere der eigenen Dachflächen für die Stromerzeugung zu prüfen. Gerade weil derzeit zahlreiche Schulsanierungen in Angriff genommen werden, die Modalitäten für Photovoltaik durch die neue Bundesregierung in den kommenden Monaten voraussichtlich verbessert werden und inzwischen immer leichtere Module (ab 2,5kg/qm) auf dem Markt erhältlich sind, bitten wir um eine aktuelle, akribische Untersuchung der städtischen Dachflächen. Dabei sollen kleine Ertüchtigungen zum Beispiel der Dachflächen mit geprüft werden. Es soll zudem eine Abstimmung zum Beispiel mit der Stadtbau oder den Stadtwerken Bamberg, die u.a. als Partner die Dachflächen mieten und mit PV-Modulen ausstatten könnten, stattfinden. Die Prüfung soll insbesondere enthalten, welche Dachflächen der städtischen Gebäude für eine Nutzung als PV-Fläche infrage kommen. Es soll tabellarisch für jede mögliche städtische Dachfläche dargelegt werden, ob dort PV-Module installiert werden können. Falls dies nicht der Fall ist, soll dies entsprechend begründet werden. Mögliche Dachflächen von Tochterunternehmen der Stadt sollen - soweit möglich - mit geprüft werden.

Kosten: keine; bei Installation von PV-Modulen wäre dies unmittelbar einnahmengenerierend möglich.

Vielen Dank für Ihre Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Eichenseher



Christian Hader



Ursula Sowa

gez.
Peter Neller



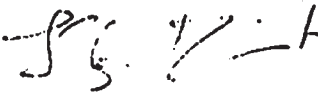
Dr. Ursula Redler

gez.
Anne Rudel

gez.
Stefan Kuhn



Lucas Büchner

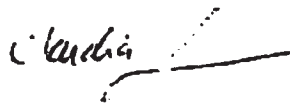


Hans-Günter Brünker

gez.
Jürgen Weichlein



Stephan Kettner



Claudia John



Martin Pöhner



2023-104

Bamberg, 22.06.2023

An Herrn
Oberbürgermeister Andreas Starke
Rathaus Maxplatz

Antrag:

Die Verwaltung soll überprüfen, inwieweit sich die Dachflächen der folgenden städtischen Gebäude für Photovoltaikanlagen anbieten:

- a. Eichendorff-Gymnasium
- b. Kaiser-Heinrich-Gymnasium
- c. Konzerthalle
- d. Schlachthof
- e. Sozialstiftung (Klinikum am Michelsberg)
- f. Sportanlage Gaustadt
- g. Trimbergschule
- h. Pestalozzischule

ZA	20	206	23	BSB	Ge	bR
zK	Finanzreferat					UV
<input checked="" type="checkbox"/>	06. Juli 2023					Co
JF	23	<input checked="" type="checkbox"/>	232	233	VZ	

wf. cg 105.07.23

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Namen der SPD-Stadtratsfraktion beantragen wir eine Überprüfung der oben genannten Gebäude hinsichtlich der potentiellen Nutzung für PV-Anlagen.

Begründung:

Klimaschutz steht in Bamberg nicht nur bei jüngeren Menschen im Mittelpunkt, Klimaschutz ist in der gesamten Gesellschaft als wichtiges politisches Ziel anerkannt. Wirksamer Klimaschutz kann aber nur mittel- und langfristig erfolgreich sein, wenn wir die Energiewende weiter vorantreiben. Das bedeutet weg von zentralen, klimaschädlichen Energiesystemen, wie Braunkohlekraftwerke, hin zu dezentralen Energiesystemen, wie Photovoltaikanlagen.

Voraussetzung für die Errichtung von Photovoltaikanlagen sind geeignete Flächen. Die Suche nach geeigneten Flächen gestaltet sich für Projektleiter:innen von Photovoltaikanlagen im Stadtgebiet eher schwierig und aufwändig. Dieser Umstand bremst die Realisierung neuer Solarzellenanlagen.

Deshalb wollen wir die städtischen Gebäude in den Blick rücken und prüfen, welche sich für die Errichtung von Photovoltaikanlagen eignen. Von mehr Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern profitieren darüber hinaus lokale Handwerker:innen bei der Errichtung und dem Service der Anlagen, Bamberger Bürger:innen, die ihr erspartes Geld in ökologische Finanzprojekte investieren können und letztendlich die Stadt Bamberg, als Beitrag zum Klimaschutz.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Süß
Fraktionsmitglied SPD-Fraktion

Heinz Kuntke
Fraktionsvorsitzender SPD-Fraktion

Amt 38 – Az. Nr. 380926-2023

Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften
Amt 23 Martin Branscheid



I. Stellungnahmen

Immissionsschutz

erstellt durch: Herr Hemmer

Aus Sicht des Immissionsschutzes bestehen keine Einwände.

Klimaschutz

erstellt durch: Herr Schreck

Die Berechnungen der Stadtwerke zeigen das enorme Potenzial für die Erzeugung erneuerbaren Energien auf den Dächern kommunaler Liegenschaften, auch wenn Liegenschaften von Zweckverbänden, Eigenbetrieben oder im Stadtzentrum ausgespart wurden. Bei Ausschöpfung des beschriebenen Potenzials würden - gemessen an dem Emissionsfaktor für Strom aus dem Jahr 2022 - mehr als 800t CO₂ jährlich eingespart. Dieser Wert könnte durch die Errichtung von PV-Anlagen über kommunalen Parkplätzen zusätzlich erhöht werden. Diese sollten bei einer weiterführenden Betrachtung ebenfalls Berücksichtigung finden.

Womöglich sind die finanziellen Erlöse der PV-Anlagen durch teils vorsichtige Kostenschätzungen und einen stabil angenommenen Strompreis sogar höher als angenommen, jedoch können sie durch die Mehrfachberechnung des Eigenverbrauchs bei zusammenhängenden Liegenschaften (etwa Am Heidelsteig) auch etwas geringer ausfallen. Hier wäre es wünschenswert gewesen, für diese Liegenschaften eigenverbrauchsoptimierte Gesamtkonzepte vorzulegen. Bei solchen detaillierteren Betrachtungen sollten weitere für die Flächennutzung und Wirtschaftlichkeit wesentliche Faktoren wie Wärmeerzeugung (etwa durch Solarthermie, Wärmepumpen), Lademöglichkeiten für E-Mobilität, potenzielle Entwicklung von Verschattungselementen (z.B. durch neu gepflanzte Bäume) und - falls regulatorisch möglich - standortnahe Verbraucher („Gemeinschaftliche Gebäudeversorgung“, Mieterstrom, Energy-Sharing) mitgedacht werden. Vor allem bei anstehenden Sanierungen sind (umwelt)kostensenkende Synergieeffekte zu erzielen. Aus Klimaschutzsicht ist eine möglichst weitgehende Versorgung mit erneuerbaren Energien geboten, nicht zuletzt wegen des Ziels der Klimaallianz bis 2035 energieautark zu sein und der Vorgabe der bayrischen Staatsregierung die Verwaltung bis 2028 klimaneutral zu gestalten.

II. In das

Amt 23 – Herr Branscheid

zur weiteren Veranlassung.

Bamberg, 12.07.2023

Amt 38

Bernd Hemmer